Beschluss des Landrats vom 22.10.2026

Nr. 2029

11. Formulierte Gesetzesinitiative «Universität Basel besser am Arbeitsmarkt ausrichten»

2025/570; Protokoll: ps, mko

Anna-Tina Groelly (Grüne), Präsidentin der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK), führt aus, die formulierte Gesetzesinitiative «Universität Basel besser am Arbeitsmarkt ausrichten» verlange mit einer Änderung des Bildungsgesetzes, dass der Baselbieter Vertretung in Aufsichts- und Steuerungsgremien der Universität Basel eine Konsultativkommission beratend zur Seite gestellt wird. Dies mit dem Ziel, dass sich die Lehre der Universität an den Bedürfnissen der lokalen Wirtschaft orientiert und dass ein abgeschlossenes Studium rasch für eine berufliche Tätigkeit genutzt werden kann. Die Wirtschaftskammer Baselland soll zudem ein Vorschlagsrecht für die Mitglieder der Konsultativkommission haben.
Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, die Initiative abzulehnen. Die Initiative würde die Unabhängigkeit der Universität sowie das Prinzip der Einheit von Lehre und Forschung schwächen zugunsten einer kurzfristigen, regionalspezifischen wirtschaftlichen Zweckorientierung in der Lehre. Damit würde der wissenschaftliche Auftrag der Universität untergraben.
Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK) folgte der Argumentation des Regierungsrats, dass die Initiative abzulehnen ist.
In der Anhörung des Initiativkomitees stellte sich aber heraus, dass es dem Komitee – anders als im Initiativtext formuliert – nicht um eine direkte Steuerung der Lehre geht, sondern vor allem darum, dass sich die Studieninteressierten vertieft mit den beruflichen Perspektiven der Studienfächer auseinandersetzen. Auch der BKSK ist es ein Anliegen, dass die Studieninteressierten ihre Bildungsentscheide bewusst und gut informiert treffen. Darum vertiefte die Kommission die Thematik der Studienberatung und den Arbeitsmarktperspektiven weiter und hörte auch eine Vertretung der Gymnasien, dem Laufbahnzentrum Baselland und der Universität an. Dabei kam eine Kommissionsmehrheit zum Schluss, dass bereits heute genügend Beratungs- und Informationsangebote vorhanden sind und auch die Statistiken zur Erwerbslosenquote etc. nicht auf ein (Universität Basel-spezifisches) Problem hindeuten. Eine Kommissionsminderheit erkannte zwar in Bezug auf die Studienberatung respektive die Steuerung des Angebots der Universität einen gewissen Handlungsbedarf. Die Erarbeitung eines Gegenvorschlags wurde aber nicht beantragt.
Die BKSK beantragt dem Landrat mit 10:3 Stimmen Zustimmung zum unveränderten Landratsbeschluss.

– *Eintretensdebatte*

Peter Riebli (SVP) hält fest, es gehe um eine einfache Frage: Bildet unsere Universität mehrheitlich die Leute aus, die die Wirtschaft braucht? Eine Universität, die mit Millionen von Steuergeldern finanziert wird, darf und muss sich diese Frage gefallen lassen. Studierende oder Studienentscheide werden meistens aufgrund von persönlichen Interessen gefällt, was nicht generell falsch ist, aber viele oder einige dieser Studierenden sind sich den Karrieren- oder Verdienstmöglichkeiten ihres Studiums nicht wirklich bewusst. Die Initiative möchte, dass die Universität diesen Aspekt bei der Studienberatung mehr Rechnung tragen soll und zugleich einen Anreize schaffen sollte, dass vermehrt Studiengänge gewählt werden, die auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind. Eine Vertretungskommission der Wirtschaft soll der Universität respektive dem Universitätsrat des Baselbiets beratend zur Seite stehen, um die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts zu spiegeln. Die Vertreter des Kantons Basel-Landschaft in den Universitätsgremien sollen sich danach dafür einsetzen, dass die Studiengänge auf die Arbeitsmarktnachfrage abgestimmt werden. Die Unternehmen kämpfen mit

dem Fachkräftemangel, sie suchen qualifizierte Mitarbeiter, und gleichzeitig verändert sich der Arbeitsmarkt immer schneller. Der Regierungsrat sagt, es sei bereits alles vorhanden, es gebe genügend Gremien und Möglichkeiten, sich einzubringen. Wenn alles schon so gut funktioniert, stellt sich die Frage, weshalb man sich gegen eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen der Universität und der Wirtschaft wehrt. Wenn sich die Nachfrage verändert, muss sich die Wirtschaft sofort anpassen und diejenigen Fachkräfte ausbilden, die es in der Zukunft braucht. Die Initiative verlangt, dass sich die Universität ebenfalls an die veränderten Arbeitsanforderungen anpasst. Nicht verlangt wird, dass die Wirtschaft der Universität vorschreibt, welche Studiengänge sie anbieten soll oder dass die Forschung eingeschränkt wird. Sie verlangt nur, dass die Bedürfnisse der Wirtschaft ernst genommen werden und rechtzeitig auf veränderte Bedürfnisse reagiert wird - und zwar nicht nur dann, wenn es einem gerade passt, sondern verbindlich und systematisch. Die Universität ist keine Insel, sondern Teil des Wirtschaftsstandorts und wird deshalb zu einem grossen Teil von der Öffentlichkeit finanziert. Das ist richtig so, aber deshalb darf die Öffentlichkeit auch erwarten, dass die Universität ihre Verantwortung gegenüber der Wirtschaft wahrnimmt. Deshalb wird ein grosser Teil der SVP-Fraktion die Initiative unterstützen. Dem Redner kam unlängst zu Ohren, dass die Mitte-Fraktion einen Rückweisungsantrag stellen würde. Dieser würde grossmehrheitlich unterstützt, um die offenen Punkte nochmals zu thematisieren.

Roman Brunner (SP) äussert, aus einer Schwemme an Wika-Initiativen handle es sich hier um eine der überflüssigsten. Im Initiativtext steht: Die Lehre an der Universität soll sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren. Dies stellt unmissverständlich einen Eingriff in die Freiheit der Lehre dar – und keinen politischen Grundauftrag, wie das die Wirtschaftskammer suggerieren will. Die Studienberatung sowie die Arbeitsmarktperspektiven und damit der Gedanke an die eigene Zukunft und die berufliche Laufbahn – es ist für die Studierenden absolut richtig und wichtig, dass sie sich darüber Gedanken machen. Aber dies hat mit dem Initiativtext herzlich wenig zu tun. Die Wirtschaftskammer versucht, die Initiative mit einer Nebelpetarde zu schützen. Selbstverständlich überprüft die Universität ihr Lehrangebot von Zeit zu Zeit; dies ist ihr Auftrag. Und selbstverständlich passt sie dieses immer wieder an. Die politische Steuerung erfolgt dabei über den Leistungsauftrag, in dem es heisst, «dass sich das Studienangebot an den Bedürfnissen der Wissenschaft, aber auch der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Kultur bei uns in der Region orientieren soll.» Es braucht keine zusätzliche Übersteuerung durch einen Bildungsgesetzesartikel. Noch viel überflüssiger – diesbezüglich besteht in der BKSK Konsens – ist die zusätzliche Konsultativkommission, die von der Wirtschaftskammer exklusiv bestellt werden soll. Mit dem Universitätsrat existiert bereits ein Gremium, das die Ausrichtung der Universität steuert. Selbstverständlich darf die Wirtschaftskammer ihre Anliegen bei den Universitätsratsmitgliedern deponieren. Insbesondere bei den Baselbieter Universitätsratsmitgliedern ist ein offenes Ohr für Anliegen von Seiten der Wirtschaft zu finden. Es braucht jedoch keine zusätzliche Beratungskommission, die exklusiv ein Wirtschaftskammervorschlagsrecht hat. Der Redner bittet, die Initiative abzulehnen. Der Inhalt der Initiative würde auch mit einer Rückweisung an die Kommission nicht besser.

Thomas Eugster (FDP) sagt, die FDP-Fraktion könne sich grossmehrheitlich den von der Kommissionspräsidentin erwähnten Argumenten anschliessen, folge dem Regierungsrat und empfehle die Ablehnung der Initiative. Die Hauptargumente sind aus Sicht der Fraktion die Folgenden: Die Initiative wurde eingereicht, weil der Eindruck besteht, dass die Universität Basel Studiengänge anbietet, die in der Wirtschaft nicht nachgefragt werden. Dem Thema gingen sowohl Regierungsrat als auch die Kommission im Detail nach. Die effektiven Zahlen zeigen ein anderes Bild auf. Im Vergleich zu anderen Universitäten ist die Universität Basel gut positioniert. Ihre Abgängerinnen und Abgänger finden nach dem Abschluss überdurchschnittlich gut eine Stelle, die ihrer Ausbildung entspricht. Das zeigten die Zahlen einer schweizweiten Erhebung. Nun kann argumentiert werden, dass die Uniabgängerinnen und -abgänger gesamtschweizerisch grössere Schwierigkei-

ten haben als früher, nach einem Abschluss eine Stelle zu finden. Das ist richtig und war ebenfalls in der Presse zu lesen. Die prozentuale Zunahme ist signifikant, absolut gesehen ist sie aber nicht höher als bei Personen mit nichtuniversitären Abschlüssen.
Auch dieses Thema hat die Kommission vertieft. Interessanterweise ist der grösste Anstieg bei den Absolventinnen und Absolventen, die keine Stelle finden, in der Informatik und in den Wirtschaftswissenschaften zu verzeichnen – in beiden Bereichen forderte die Wirtschaft bis vor Kurzem mehr Studienplätze. Das zeigt, dass die wirtschaftliche Entwicklung mitunter sehr schnell verlaufen kann, Stichwort KI. Die Universität passt ihr Angebot durchaus der Nachfrage an, denn es ergibt keinen Sinn, etwas anzubieten, wofür keine Nachfrage besteht. Naturgemäss braucht es etwas Zeit, bis neue Studiengänge entwickelt, geplant und eingeführt sind. Umso wichtiger ist es, dass sich die Studierwilligen vor Studienbeginn sehr genau überlegen, was sie studieren möchten und wie die Beschäftigungsperspektiven nach dem Studium aussehen. In diesem Sinne argumentierten auch die Vertreter des Initiativkomitees im Rahmen der Anhörung in der Kommission. Sie legten dar, dass die Konsultativkommission gemeinsam mit einem spezialisierten Büro einen Prozess entwickeln könnte, der vor der Studienwahl eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht. Dies sei ein Beispiel dafür, was diese Kommission tun könne. Im Initiativtext ist dies allerdings nicht abgebildet. Das Konsultativgremium hat diesbezüglich auch keine Entscheidungskompetenzen.
Die Kommission erachtete diese Thematik als zentral und ging der Frage nach, wie es zurzeit mit den Angeboten zur Studien- und Laufbahnberatung aussieht. Sie stellte fest, dass in den vergangenen zwei Jahren seit der Einreichung der Initiative diesbezüglich Verbesserungen erzielt wurden. Das beginnt beim BO-Unterricht in der Grundschule, aber auch auf der Stufe Gymnasium wird das Thema berufliche Orientierung stärker eingebettet. Die Kommission stellte zudem fest, dass mit dem Fachgremium Laufbahn bereits ein Gefäss existiert, das sich mit den Themen Studien- und Berufswahl beschäftigt und in dem Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschafts- und Handelskammer sowie des Arbeitgeberverbands Einsitz haben. Es gibt somit bereits ein solches Gremium. Deshalb kamen sowohl die BKSK als auch die FDP-Fraktion zum Schluss, keinen Gegenvorschlag zu entwerfen, der das Thema aufnehmen würde, weil bereits Angebote vorhanden sind und kein grosses Defizit ersichtlich ist.
Auch ein Rückweisungsantrag wird nicht als zielführend erachtet, da dieser im zentralen Anliegen der Initiative keine wesentliche Änderung bringen würde: dass sich Studierende beziehungsweise Studierwillige bereits vor Studienbeginn eingehend mit den Berufsaussichten befassen. Die FDP-Fraktion lehnt die Rückweisung grossmehrheitlich ab.

Andrea Heger (EVP) hält fest, mit dem neuen Gremium würden bereits vorhandene Gremien beraten. Das erscheint nicht sehr sinnvoll und zudem sehr einseitig. Der Verwaltungsapparat sollte nicht zusätzlich aufgebläht werden. Es gibt bereits gute Austauschmöglichkeiten.
Im Rahmen der Beratung zeigte sich, dass die Initiative eigentlich auf etwas anderes abzielt, als ihr Wortlaut nahelegt. Die Kommission ging auf dieses Anliegen ein, statt sich allein mit dem Inhalt des Initiativtexts zu befassen. Bildlich gesprochen wird mit der Initiative der Sack geschlagen, obwohl der Esel gemeint ist. Obwohl die Kommission Abklärungen vorgenommen und dem Anliegen Wohlwollen entgegengebracht hat, wurde in der Beratung erklärt, die Initiative werde nicht zurückgezogen. Zur Rückweisung zieht Andrea Heger einen Vergleich aus dem Bereich Erziehung und Bildung, mit dem sich die BKSK beschäftigt: Ein quengelndes Kind will Schokolade. Die Eltern lehnen dies ab, weil es bereits genügend Schokolade gegessen hat, und zeigen ihm Alternativen auf. Daraufhin verlangt das Kind Salzstängeli, stellt aber gleich Bedingungen: Sie dürfen weder zu salzig sein noch aus einem Teig bestehen, der ihm nicht schmeckt. Die Eltern erklären, weshalb auch die Salzstängeli nicht infrage kommen: Das Kind hat bereits gegessen und braucht im Moment nichts mehr. Das Kind sieht das nicht ein, quengelt weiter und verlangt erneut Schokolade.

Es braucht Geduld, dem Kind zuzuhören, sein Anliegen zu verstehen und nach Lösungen zu suchen. Das bedeutet aber nicht, jedem Wunsch nachzugeben. Die Eltern sagen deshalb sowohl zur Schokolade als auch zu den Salzstängeli Nein. Ebenso wird die Fraktion sowohl die Initiative als auch die Rückweisung ablehnen.

Marc Scherrer (Die Mitte) sagt, bei Salzstängeli und Schokolade habe er den Überblick verloren. Die Universität Basel ist in der Region eine wichtige Forschungs-, Bildungs- und Innovationsinstitution. Das ist unbestritten, soll sie auch bleiben und wird mit der Initiative auch in keiner Art und Weise hinterfragt oder bestritten. Die Initiative hat damit überhaupt nichts zu tun.
Eine andere Frage ist die Finanzierung der Universität. Der Redner ist gespannt, ob alle Landratsmitglieder, die heute die Uni loben, noch so euphorisch sind, wenn es um den neuen Vertrag und die Finanzierung der Uni geht. Weil die Universität Basel eine wichtige Bildungsinstitution ist, muss auch die Frage gestellt werden, wie gut die Universität auf den Arbeitsmarkt von morgen vorbereitet ist. Die Wirtschaftskammer Baselland führt, wie anlässlich der vorher traktandierten Initiative schon gesagt, Gespräche mit den 100 grössten produzierenden Unternehmen aus dem Kanton. Diese suchen immer wieder händeringend nach Fachkräften, auch solche mit einem universitärem MINT-Abschluss. Sie finden diese Absolventen nicht. Deshalb stellt sich die Frage, ob an der Universität das studiert wird, was von der Wirtschaft auch benötigt wird. Bereits vorhin wurde gesagt, man befinde sich in einem schnelllebigen Turnus. Digitalisierung, künstliche Intelligenz etc. haben einen Einfluss auf die Anforderungen an die Ausbildung von morgen.
Dem Redner ist bewusst, dass die Universität Basel einen Universitätsrat hat, in dem auch der Kanton Basel-Landschaft vertreten ist. Zudem verfügt sie über Entwicklungs- und Strukturpläne. Die bestehenden Studiengänge werden alle vier Jahre überprüft und gegebenenfalls neu ausgerichtet. Es stellt sich jedoch die Frage, ob dieser Rhythmus ausreicht. Marc Scherrer fragte bereits in der Kommission, ob die Universität damit so dynamisch und schnell auf Veränderungen reagieren kann wie beispielsweise die Berufsbildung. Ihm ist bewusst, dass eine Universität nicht mit der Berufsbildung gleichgesetzt werden kann. Dennoch möchte er zeigen, wie die Anpassung dort funktioniert: Wenn absehbar ist, dass künftig keine Polymechanikerinnen und Polymechaniker mehr gebraucht werden, werden keine entsprechenden Lehrstellen mehr angeboten. So reguliert sich der Ausbildungsmarkt selbst. Bei universitären Ausbildungen funktioniert dies anders. Die Anpassung muss dort nicht gleich schnell erfolgen, sollte aber schneller möglich sein als heute. Entscheidend ist, wie die Erkenntnisse aus der Wirtschaft zum Universitätsrat gelangen. Das betrifft insbesondere auch die KMU, denn nicht nur grosse Unternehmen beschäftigen Universitätsabgängerinnen und -abgänger. Auf diese Frage hat der Redner bisher keine Antwort erhalten. Der Wissenstransfer zum Universitätsrat ist die Kernfrage. Genau darum geht es in der Initiative, und das kommt auch im vorgeschlagenen Gesetzestext zum Ausdruck.
Zum Rückweisungsantrag hält er fest, die Mitte-Fraktion hat in ihrer heutigen Diskussion grundsätzlich Sympathien für die Initiative geäussert. Mit ihr verbaut man sich nichts, und sie stellt keinen Angriff auf die Universität dar. Es geht darum, die Erkenntnisse aus den KMU in den Universitätsrat einzubringen. Störend ist jedoch das Vorschlagsrecht der Wirtschaftskammer für die Konsultativkommission. Falls dieser Punkt der Grund für die aus seiner Sicht zu Unrecht derart deutliche Ablehnung der Initiative ist, sind die Initianten bereit, Hand zu einer Lösung zu bieten. Darauf zielt der Rückweisungsantrag ab.
Der Redner beantragt die Rückweisung mit dem Auftrag, einen Gegenvorschlag zu erarbeiten, der auf das Vorschlagsrecht der Wirtschaftskammer für die Konsultativkommission verzichtet. In dieser Kommission sollen hoffentlich Vertreterinnen und Vertreter der KMU Einsitz nehmen – möglicherweise auch solche der Wirtschaftskammer. Zur Aussage von Roman Brunner stellt er klar: Die Wirtschaftskammer hat gemäss Initiative kein Recht, die Kommissionsmitglieder selbst zu bestimmen, sondern lediglich ein Vorschlagsrecht. Der Regierungsrat kann ihre Vorschläge ablehnen.

Die GLP sieht laut **Sabine Bucher** (GLP), dass die Wirtschaft für den Kanton sehr wichtig ist. Sie schafft Arbeitsplätze und generiert Steuereinnahmen. Entsprechend gilt es, gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen. Der Auftrag der Universität geht jedoch darüber hinaus: Sie bildet unter anderem Ärztinnen und Ärzte sowie Lehrpersonen aus und erfüllt Aufgaben in Forschung und Kultur. Die formulierte Gesetzesinitiative legt den Fokus aus Sicht der GLP zu stark auf die Wirtschaft. Auch die vorgesehene Rolle der Wirtschaftskammer ist problematisch. Die Möglichkeit, diese Bestimmung mit einem Gegenvorschlag zu streichen, hat die Fraktion noch nicht besprochen. Sie geht davon aus, dass die GLP auch den Rückweisungsantrag ablehnt. Die Initiative lehnt die Fraktion klar ab.

Silvia Lerch-Schneider (FDP) erläutert als Minderheitssprecherin ihre Sicht ebenfalls mit einer bildlichen Darstellung; allerdings weder mit Schokolade noch mit Salzstängeli, sondern anhand einer Wanderung: Wer eine Wanderung plant, möchte wissen, wohin der Weg führt und was unterwegs zu erwarten ist. Es macht einen Unterschied, ob man am Ende in einer Grossstadt, an einem Sandstrand oder irgendwo in der Wildnis landet: Weg und Ziel müssen zu den eigenen Fähigkeiten, Bedürfnissen und Absichten passen. Möchte man klettern oder Boot fahren, muss man sich gut überlegen, was einem am nächsten liegt und was es dazu braucht. Es macht keinen Sinn, wenn man mit einer schweren Einkaufstasche an einer steilen Wand steht. So verhält es sich auch mit der Studienwahl. Junge Menschen investieren mehrere Jahre ihres Lebens und viel Energie in ihre Ausbildung. Deshalb sollten sie möglichst gut wissen, welche beruflichen Möglichkeiten sich ihnen anschliessend eröffnen und welche Herausforderungen sie erwarten.
Die Universität und das Laufbahnzentrum leisten in diesem Bereich bereits gute Arbeit. Die Verantwortlichen setzen sich intensiv mit diesen Fragen auseinander, was Silvia Lerch-Schneider ausdrücklich würdigt. In ihrem Bild sind die Wegweiser bereits aufgestellt und am Ausgangspunkt stehen Informationen und Beratung zur Verfügung. Aber danach fehlt ein wichtiges Zwischenstück. Zusätzlich müssen aber auch die Wege selbst überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Es macht keinen Sinn, eine Strasse ins Nirgendwo zu bauen. Es gilt, die Wege so zu bauen, damit man am Schluss auch an einen wünschenswerten Ort kommt. Vielleicht braucht es dazu eine Brücke oder einen Abzweiger. Dies muss man berücksichtigen und analysieren. Hier sieht die Votantin den Nutzen eines beratenden Gremiums. Problematisch findet sie hingegen die Verbindlichkeit der formulierten Initiative und die starre gesetzliche Festlegung der Gremien. Sie unterstützt deshalb den Rückweisungsantrag, damit diese Punkte korrigiert werden können.

Anita Biedert (SVP) erklärt, sie gehöre zu einer Minderheit ihrer Fraktion, welche die Initiative ablehnt. Auch eine Rückweisung lehnt sie persönlich ab. Die Bedeutung der Wirtschaft ist unbestritten. Eine zusätzliche institutionelle Ebene schafft jedoch Doppelspurigkeiten. Der Austausch zwischen Universität und Wirtschaft kann über die bestehenden Kontakte zu Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden erfolgen. Jedes zusätzliche Gremium verursacht organisatorischen Aufwand, benötigt Sitzungen sowie Vor- und Nachbereitung und bindet personelle Ressourcen. Diese sollen besser unmittelbar der Studienberatung zugutekommen. Gerade ihre Partei setzt sich üblicherweise für schlanke Strukturen ein. Diesem Grundsatz sollte sie auch hier folgen.
Ein wichtiges Anliegen ist Anita Biedert die Unabhängigkeit der Studienwahl. Die Beratung soll sich an den Interessen, Fähigkeiten und Potenzialen der Studierenden orientieren. Dem von Peter Riebli vermittelten Eindruck, junge Menschen seien kaum in der Lage, ihren Weg selbst zu wählen, widerspricht sie. Als Schulrätin eines Gymnasiums erlebt sie, dass bereits im Vorfeld der Studienwahl zahlreiche Beratungsangebote bestehen. Die Gymnasien leisten gute Arbeit, und die Universitäten beziehungsweise ihre Fakultäten stellen sich an den Schulen vor und führen Workshops durch. Die Möglichkeiten werden damit schon im Vorfeld voll ausgeschöpft.
Die Bedürfnisse der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts sind wichtig, dürfen aber nicht zum dominierenden Massstab werden. Die Universität vermittelt nicht nur kurzfristig verwertbare Qualifikatio-

nen, sondern fördert wissenschaftliches Denken, kritische Urteilsfähigkeit und Kompetenzen, die über die aktuellen Bedürfnisse des Arbeitsmarkts hinausgehen. Die Universität hat eine Verantwortung, auch was die Studienberatung angeht. Die Wirtschaft soll Impulse geben, aber nicht die akademische Ausrichtung bestimmen.
Mit der Studienfachberatung, der Laufbahnberatung, dem Career Service Center sowie Workshops und Netzwerkveranstaltungen bestehen bereits zahlreiche Angebote. Bei Bedarf kann und soll die Wirtschaft einbezogen werden. Die Votantin befürwortet mehr Zusammenarbeit und einen effizienten Einsatz der vorhandenen Ressourcen, lehnt aber ein zusätzliches Gremium und damit sowohl die Initiative als auch die Rückweisung ab.

Martin Dätwyler (FDP) hält fest, die Universität Basel setze ihren Schwerpunkt in Lehre und Forschung im Bereich Life Sciences ein und verwende dort auch den grössten Teil ihrer Mittel. Damit bildet sie gerade für die Leit- und Schlüsselbranche der regionalen Wirtschaft aus. Der Anteil der eingeworbenen Drittmittel ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen; 70 % davon entfallen auf den Bereich Life Sciences. Auch dies zeigt, dass die Zusammenarbeit zwischen Universität und Wirtschaft besser funktioniert, als es die Initianten darstellen. Zudem ist die Zahl der Studienabgängerinnen und Studienabgänger, die von den Unternehmen in der Region aufgenommen werden, hoch.
Auch die Handelskammer beider Basel, deren «Hut» Martin Dätwyler ebenfalls trägt, pflegt den intensiven Austausch mit der Universität. Dieser findet sowohl auf Vorstandsebene als auch in den Kommissionen statt, in denen rund 100 Unternehmen vertreten sind. Dabei werden Anliegen besprochen und Impulse eingebracht. Der Wirtschaftskammer steht derselbe direkte Weg offen, ohne dass dafür zusätzliche Gremien geschaffen werden müssen.
Die strategische Führung der Universität liegt beim Universitätsrat. Dafür sollen die besten Expertinnen und Experten gewonnen werden, welche die Universität in eine nachhaltige und erfolgreiche Zukunft führen. Deren Bereitschaft, sich zu engagieren, wird kaum gefördert, wenn sie sich vor jeder Sitzung zunächst bei einem Beirat erkundigen müssen. Gute Mitglieder des Universitätsrats sind selbst in der Lage, bei Bedarf mit der Wirtschaftskammer, der Handelskammer oder einzelnen Unternehmen Kontakt aufzunehmen. Die Initiative schafft deshalb leider keinen Mehrwert, sondern höchstens zusätzliche Bürokratie.

Für **Urs Kaufmann** (SP) ist die Vorlage eine weitere Initiative der Wirtschaftskammer, die über das Ziel hinausschiesst und die eigenen Bedürfnisse zu stark ins Zentrum stellt. Wie Roman Brunner bereits ausgeführt hat, hält der Leistungsauftrag 2026–2030 fest, dass sich die Universität an den Bedürfnissen von Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur orientiert und dabei die Region im Blick behält. Die Initiative fokussiert dagegen einseitig auf die Wirtschaft. Eine ausschliesslich auf die Wirtschaft ausgerichtete Lehre wird dem breiteren Auftrag der Universität nicht gerecht. Eine solche Zielsetzung entspricht eher jener der Fachhochschulen, deren Ausbildung stärker auf die unmittelbare berufliche Tätigkeit ausgerichtet ist. Die Universität hat einen anderen Leistungsauftrag.
Die Initiative führt aus Sicht von Urs Kaufmann in eine Sackgasse. Deshalb ergibt auch eine Rückweisung an die Kommission keinen Sinn. Es ist nicht zielführend, einen Gegenvorschlag zu einer Vorlage auszuarbeiten, deren grundsätzliche Stossrichtung falsch und einseitig ist. Es braucht deshalb keine Rückweisung in die Kommission, sondern die Initiative muss abgelehnt werden. Die Wirtschaftskammer sollte vielleicht zukünftig einfach etwas breiter denken, bevor sie ihre Initiativen im Schnellverfahren lanciert.

Sarah Regez (SVP) sagt, die Unternehmen suchen händeringend qualifizierte Fachkräfte. Gerade die KMU stehen zunehmend unter Druck. Angesichts der hohen Steuermittel, die jährlich in die Universität Basel fliessen, darf erwartet werden, dass sich diese auch an den Bedürfnissen der

Wirtschaft orientiert. Es ist schade, dass der Regierungsrat nicht Hand bietet und stattdessen sagt, dass bereits alles vorhanden wäre und es genügend Möglichkeiten der Zusammenarbeit gäbe. Wenn diese Zusammenarbeit so gut funktioniert, stellt sich für sie die Frage, weshalb man ein solches Problem damit hat, die Anliegen der Wirtschaft noch stärker einzubinden?
Entscheidend ist für Sarah Regez die Frage, wer hier eigentlich die Interessen der KMU vertritt. Grosse Unternehmen verfügen in der Regel über Kontakte und Netzwerke. Kleine Betriebe haben dagegen kaum Möglichkeiten, sich direkt in die Entwicklung der Universität einzubringen. Dabei stellen gerade sie einen grossen Teil der Arbeits- und Lehrstellen bereit. Hand aufs Herz: Es kann doch nicht sein, dass der Kanton Millionen in die universitäre Ausbildung investiert, aber die Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft nicht ebenfalls systematisch berücksichtigt. Man bedenke: Dass die Initiative zustande gekommen ist, zeigt doch nur, dass ein entsprechendes Bedürfnis besteht.
Zum Schluss sei betont, dass es nicht um eine Bevormundung der Universität geht, da die vorgesehene Kommission keine Entscheidungskompetenzen hat, sondern um eine Stärkung der KMU. Die Votantin bittet den Rat, die Initiative zu unterstützen. Da ihre Fraktion ihr mit grosser Mehrheit zustimmt, geht sie davon aus, dass diese auch die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags befürwortet.

Ronja Jansen (SP) hält fest, in der Debatte seien bereits zahlreiche Argumente gegen die Initiative genannt worden: Die Studierenden kennen ihre Berufsaussichten, wählen bereits wirtschaftlich nützliche Studienrichtungen und können eine Laufbahnberatung in Anspruch nehmen. Diese Angebote sind sinnvoll. Aus ihrer Sicht treffen diese Argumente jedoch den Kern der Frage noch nicht. Es geht doch darum, dass die Universität nicht auf den kurzfristigen Horizont beschränkt bleibt, was heute oder morgen wirtschaftlich nützlich und für die Wirtschaftskammer verwertbar ist. Zu ihrem Auftrag gehört die Entwicklung neuen Wissens und die Forschung mit gesellschaftlichem Wert, der über die unmittelbare wirtschaftliche Verwertbarkeit hinausgeht und die Gesellschaft als solche vorwärtsbringt. Auf solche Erkenntnisse hat häufig niemand gewartet. Zahlreiche Entdeckungen in Mathematik, Medizin oder Biologie haben ihren unermesslichen Wert erst Jahre später gezeigt. Die Universität wird auch deshalb finanziert, weil damit ein Marktversagen angegangen wird – nämlich jenes, dass eine Leistung zu wenig bereitgestellt wird, wenn daraus kein unmittelbarer Nutzen gezogen wird. Die Gesellschaft muss in diesem Fall eingreifen, um ein solches Marktversagen zu beheben. Wichtiges Wissen braucht manchmal auch scheinbar sinnfreies Forschen. Es wird aber nicht genügend geforscht und explorativ weiterentwickelt, wenn diese Ressourcen nicht gemeinsam finanziert und bereitgestellt werden. Beispiele dafür wären die Osteuropastudien, deren Kenntnisse nach dem russischen Angriff auf die Ukraine besonders gefragt waren – eine Studienrichtung, die die Wirtschaftskammer vermutlich nicht zuoberst auf die oberste Prioritätenliste gesetzt hätte. Oder man denke an die an Universitäten entwickelte mRNA-Technologie, die während der Coronapandemie einen enormen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wert geschaffen hat. Bei einer ausschliesslich kurzfristigen Orientierung an wirtschaftlicher Nützlichkeit wäre dieser Wert möglicherweise gar nicht entstanden. In der Debatte wurde oft genannt, dass Lehre und Forschung frei bleiben sollen. Dies ist nicht nur ein edler Idealismus, sondern die Voraussetzung des gesellschaftlichen Werts der Universität. Denn der Zeithorizont einer Universität reicht über die unmittelbare wirtschaftliche Verwertbarkeit hinaus. Und das ist auch gut so.

Marco Agostini (Grüne) lehnt die Initiative ab, weil sie zu eng auf die Wirtschaft ausgerichtet ist. Für einen breiteren Ansatz hätte er durchaus Sympathien gehabt. Neben Wirtschaftsverbänden gibt es zahlreiche weitere gesellschaftliche Gruppen und Organisationen, etwa aus den Bereichen Familie, Kultur, Landwirtschaft, Naturschutz und Gesundheit sowie die Gewerkschaften. Diese könnten sich gemeinsam organisieren, einen Beirat bilden und Vorschläge an die Universität rich-

ten. Marco Agostini ist überzeugt, dass die Universität solche Anliegen anhört und entsprechende Anregungen aufnimmt. Dies erscheint ihm sinnvoller als eine einseitige Ausrichtung. Auch eine Rückweisung kommt für ihn nicht infrage. Das Anliegen ist diskutiert worden, und die heutige Debatte hat die Gründe für eine Ablehnung nochmals aufgezeigt. Zum von Sarah Regez angesprochenen Fachkräftemangel merkt der Votant an, dass die Klage über fehlendes Personal im Widerspruch zur Haltung der SVP gegenüber einer «10-Millionen-Schweiz» steht.

Marc Scherrer (Die Mitte) möchte zu mehreren Aussagen Stellung nehmen. Anita Biedert hatte gesagt, dass die Initiative zwar grundsätzlich nicht ganz falsch sei, aber ein unglaublicher Aufbau an Bürokratie bedeuten würde. Marc Scherrer betont, dass der Abbau von Bürokratie immer wünschenswert ist, findet aber auch, dass hier ein Gespenst herbeigeredet wird. Die vorgesehene Kommission, welche die Baselbieter Vertretung im Universitätsrat berät, beschwört auf jeden Fall kein Bürokratiemonster herauf. Es sollen keine hundert Sitzungen pro Jahr stattfinden, sondern es soll beispielsweise zweimal jährlich einen systemischen Austausch geben, um die Bedürfnisse der KMU einzubringen.
Die Aussage von Urs Kaufmann, die Wirtschaftskammer wolle die Universität ausschliesslich auf die Wirtschaft ausrichten, ist völlig falsch. Die Initiative stellt die Grundsätze der Universität nicht infrage. Sie verlangt vielmehr, dass auch die Wirtschaft angemessen berücksichtigt wird. Eine vollständige Ausrichtung der Universität auf wirtschaftliche Bedürfnisse steht mit keinem Wort im Initiativtext. Auch Ronja Jansen hat den Text offenbar nicht gut genug gelesen, denn es steht dort nicht, dass sich die Universität nach den Bedürfnissen der Wirtschaftskammer ausrichten soll. Ziel ist vielmehr, der Wirtschaft und insbesondere den KMU eine Stimme gegenüber der Baselbieter Vertretung im Universitätsrat zu geben. Wie sich diese Vertretung anschliessend im Universitätsrat verhält und abstimmt, ist eine ganz andere Frage. Ronja Jansen hatte vorhin erwähnt, der mRNA-Technologie wäre mit Blick auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit gar nicht erfunden worden; Marc Scherrer verdeutlichte in seinem ersten Statement, dass gerade die KMU dringend Absolventinnen und Absolventen der MINT-Fächer suchen. Woher, wenn nicht aus diesem Bereich, stammt denn die Erfindung des mRNA-Impfstoffs? Auch dieses Argument ist falsch.
Marco Agostinis Wunsch nach einer offeneren Formulierung wirft für Marc Scherrer die Frage auf, wie konkret eine solche aussehen soll. Bereits in der Kommission hätte die Möglichkeit bestanden, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, wie dies auch beim vorangegangenen Traktandum zu einer formulierten Initiative geschehen ist. Genau darauf zielt der Rückweisungsantrag seiner Fraktion ab: Die Kommission soll insbesondere das kritisierte Vorschlagsrecht der Wirtschaftskammer nochmals prüfen.
Dieses Vorschlagsrecht ist für seine Fraktion keineswegs der zentrale Punkt. Entscheidend ist vielmehr, dass die Anliegen der KMU bei der Baselbieter Vertretung im Universitätsrat Gehör finden. Dass die Universität auch zur Entwicklung der Wirtschaft beiträgt, hält der Votant für eine berechtigte Forderung. Die ausgebildeten Menschen sollen ihren Teil dazu beitragen können, dass Wirtschaft und Region gut funktionieren.

Regierungsrat **Markus Eigenmann** (FDP) hält fest, die Debatte zeige, dass sich die Kritik an der Initiative nicht auf das exklusive Vorschlagsrecht der Wirtschaftskammer beschränke. Dieses Detail müsste bei einem Gegenvorschlag zwar korrigiert werden, ist aber lediglich ein Teil des Problems. Auch das Konsultativgremium, das der Regierungsrat als unnötig und nicht zweckmässig beurteilt, bildet nicht den Kern der Kritik. Dieser liegt vielmehr im ersten Satz der vorgesehenen Bestimmung im Bildungsgesetz: «Die Vertretung des Kantons wirkt in den Organen, welche die Universität beaufsichtigen oder leiten, darauf hin, dass sich die Lehre an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientiert.» Dieser Satz stünde dann so im Bildungsgesetz. Die Bedürfnisse von Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft würden dagegen nicht genannt. Die Bestimmung kann deshalb durchaus so verstanden werden, dass sich die Kantonsvertretung *ausschliesslich* an den wirt-

schaftlichen Bedürfnissen orientieren soll. Bei einem Gesetzestext ist eine präzise Formulierung entscheidend. Möglicherweise meinen die Initianten die Bedürfnisse des *Arbeitsmarkts*. Diese sind jedoch nicht mit jenen der Wirtschaft gleichzusetzen und reichen weiter. Der Leistungsauftrag der Universität ist nochmals umfassender und schliesst insbesondere auch die Bedürfnisse von Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft ein. Letztlich stellt sich die Frage, welches Verständnis der Universität zugrunde liegt: Soll sie primär Arbeitskräfte für die Wirtschaft ausbilden, oder wird sie als Bildungs- und Forschungsinstitution mit einem darüber hinausgehenden Auftrag verstanden? Der Regierungsrat hält am heutigen, umfassenden Verständnis fest und bittet den Landrat, die Initiative abzulehnen und sie nicht an die Kommission zurückzuweisen. Diese zeigte, gemäss den Aussagen der Präsidentin, kein Bedürfnis, einen Gegenvorschlag zu erarbeiten. Es ist zu vermuten, dass auch die heutige Debatte an dieser Einschätzung nichts geändert hat.

://: Eintreten ist unbestritten.

− *Antrag auf Rückweisung an die Kommission zur Erarbeitung eines Gegenvorschlags*

://: Der Antrag wird mit 63:22 Stimmen abgelehnt.

− *Detailberatung Landratsbeschluss gemäss Kommission*

Keine Wortmeldungen.

− *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

− *Schlussabstimmung*

://: Mit 75:10 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratsbeschluss
betreffend Formulierte Gesetzesinitiative «Universität Basel besser am Arbeitsmarkt ausrichten»

vom 22. Oktober 2026

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. *Die formulierte Gesetzesinitiative «Universität Basel besser an die Nachfrage am Arbeitsmarkt ausrichten» wird abgelehnt und den Stimmberechtigten zur Abstimmung vorgelegt.*
2. *Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die formulierte Gesetzesinitiative «Universität Basel besser an die Nachfrage am Arbeitsmarkt ausrichten» abzulehnen.*